



Handlungsempfehlung

Partizipative Politikgestaltung mit jungen Menschen in Chemnitz





Einführung

Dieses Kurzdossier baut auf der Arbeit einer paneuropäischen Studie über die Ungleichheit junger Menschen auf, dem sogenannten UPLIFT-Projekt. Es befasst sich mit einigen der wichtigsten Ergebnisse der lokalen UPLIFT-Forschung in Chemnitz und konzentriert sich auf die Auswirkungen der Studie auf öffentliche und zivilgesellschaftliche/NGO-Akteure, die für die Bedürfnisse gefährdeter junger Menschen in den Bereichen Bildung, Beschäftigung und Stadtentwicklung/ Wohnungsbau verantwortlich sind.

In Chemnitz hat sich ein allgemeines Verständnis für die Notwendigkeit einer Balance zwischen Top-down-Regulierung und Bottom-up-Initiative in diesen Handlungsfeldern entwickelt. Dies führt schrittweise zu einer verwaltungsübergreifenden Zusammenarbeit und zur Einbeziehung von Akteuren, die in der Regel nicht als "normale Teilnehmer" der Jugendarbeit oder der Stadtentwicklung angesehen werden, die Akzeptanz und Wertschätzung erfahren – wie z. B. junge Menschen am Rande der Gesellschaft.

Diese Zusammenarbeit ist auch eine Voraussetzung dafür, die formale Wahlfreiheit der Zielgruppen zu diversifizieren und sie auf der Ebene der individuellen Umsetzungsfaktoren zu stärken. Das Vorhandensein einer robusten Struktur von Diensten und Netzwerken mit überwiegend qualitativ hochwertiger Jugendarbeit und Berufsvorbereitung sowie der einfache Zugang zu angemessenem und bezahlbarem Wohnraum stellen einen starken Ressourcenraum dar.

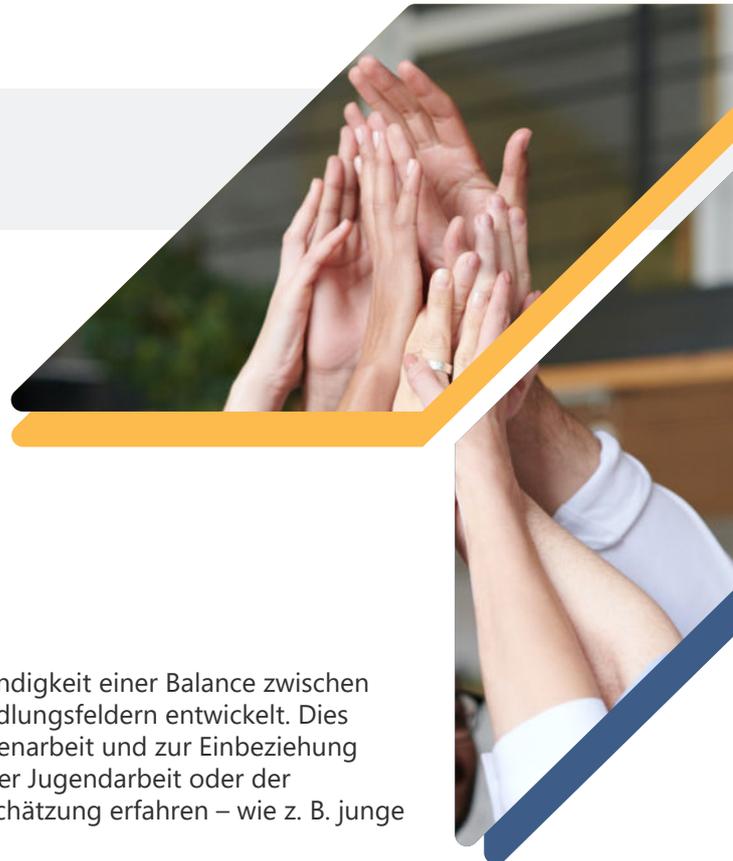
Gleichzeitig bleiben eine reflexive Politikgestaltung und eine qualitative Bewertung der umgesetzten Maßnahmen und Instrumente eine Herausforderung sowohl für öffentliche Akteure als auch für die zivilgesellschaftliche Jugend- und Jugendberufsarbeit. Dies wurde von jungen Menschen und Expert*innen als Querschnittsthema formuliert - und wir stellen die Stimme der jungen Menschen hier bewusst in den Vordergrund, im Sinne von UPLIFT.

Wir sind uns bewusst, dass alle Chemnitzer Akteure, die in diesem Bereich tätig sind, derzeit in einem äußerst schwierigen Umfeld arbeiten. Sie kämpfen mit Zeit- und Budgetdruck, Herausforderungen der Inklusion und Demokratisierung und Ressourcenknappheit auch auf anderen Ebenen. Die europäischen Erfahrungen zeigen jedoch, dass die praktische und sinnvolle Einbindung junger Menschen in die kommunalpolitische Agenda mit einem bescheidenen Ressourceneinsatz erreicht werden kann – und dennoch einen erheblichen Einfluss auf ihr Leben und ihre Perspektiven haben und sich auch positiv auf lokale strategische Agenden und das Erreichen integrativer Stadtentwicklungsziele auswirken kann. Dieses Kurzdossier schließt mit Fallstudien zur partizipativen Politikgestaltung aus anderen europäischen Ländern.

Das UPLIFT-Projekt

Wie erleben junge Menschen Ungleichheit und wie gehen sie damit um? Das UPLIFT-Projekt zielt darauf ab, entsprechende Muster und Trends zu verstehen, wobei der Schwerpunkt auf Wohnen, Bildung und Beschäftigung in 16 städtischen Gebieten in ganz Europa liegt. Die Projektpartner entwickeln gemeinsam mit jungen Menschen und ihren Communities ein Instrument, das junge Menschen in die Entwicklung, die Umsetzung und die Evaluation von Maßnahmen zum Abbau von Ungleichheiten einbezieht (Pilotprojekt in vier der 16 Städte; Amsterdam, Barakaldo, Sfântu Gheorghe und Tallinn). Das Ziel von UPLIFT ist ein neuer, nachhaltiger, partizipativer politischer Mitgestaltungsprozess, bei dem junge Menschen aktiv zu politischen Maßnahmen beitragen, die sich direkt auf ihre Lebenschancen auswirken – durch die Agenda für reflexive Politikgestaltung.

MEHR LESEN





Die wichtigsten Ergebnisse in Chemnitz

Gefährdete junge Menschen haben kaum eine Stimme bei der Gestaltung und Bewertung politischer Maßnahmen. Formelle und informelle Partizipationsstrukturen, die sich im Aufbau befinden oder derzeit von zeitlich befristeten Projekten zu längerfristigen Strukturen verfestigt werden, konzentrieren sich selten auf die jungen Menschen, ihre Bedürfnisse und Fähigkeiten. Jugendbeteiligungsstrukturen sind mit zwei Risiken behaftet: Opfer politischer Willkür zu werden und die Stimmen/Bedürfnisse sowohl privilegierter als auch gefährdeter junger Menschen nicht zu berücksichtigen. Wenn jugendpolitische Maßnahmen evaluiert werden, so geschieht dies in der Regel intern, quantitativ und mit Schwerpunkt auf der Haushaltsführung – nicht extern, qualitativ und mit Schwerpunkt auf den sozialen Auswirkungen..



Nein, ich kann mich nicht erinnern, dass mich jemand gefragt hat, ob die Jugendpolitik meinen Bedürfnissen entspricht - aber eigentlich interessiere ich mich nicht wirklich für Politik. Ich würde auch nicht erwarten, dass sich die Behörden für meine Perspektive, für die Perspektive von Menschen wie mir, interessieren. Ich wüsste keinen Politiker, den ich ansprechen könnte, damit er sich mit meinen Bedürfnissen befasst.

Wo körperliche oder geistige Einschränkungen vorliegen oder familiäre Gewalt und mangelnde Sicherheit den Alltag prägen, sind Bildung und Ausbildung für junge Menschen zweitrangig. Untersuchungen mit Chemnitzer Jugendlichen ergaben, dass rund die Hälfte mit körperlichen oder psychischen Einschränkungen zu kämpfen hat, die ihnen die Arbeitssuche oder gar die Bewältigung des Alltags so schwer machen, dass sie von Teilen des ersten Arbeitsmarktes ausgeschlossen sind. Das Elternhaus hat einen ähnlich starken Einfluss auf den Bildungserfolg und die berufliche Selbstbestimmung: Elterliche Vernachlässigung und Gewalt führten bei den Befragten zu besonderen Herausforderungen bei der psychischen Bewältigung von Schule, Jugendberufsausbildung oder anderen Anforderungen des Alltags. Dies beeinflusst ihren Zugang zum Arbeitsmarkt und die Möglichkeit, selbst gesetzte Ziele zu verfolgen – erschwert dadurch, dass sie an dem gemessen werden, was als "normal" gilt.



Beim Arbeitsamt gab es einen IQ-Test, bei dem ich unterdurchschnittlich abschnitt, also riet man mir, mich nicht weiterzubilden, also ließ ich mich verunsichern, und das war Scheiße, und dann redete mir das Arbeitsamt das aus. Später habe ich dann ein Diplom in Sozialarbeit gemacht.

Wenn sich junge Menschen in einem nicht-nachhaltigen Arbeitsumfeld befinden, müssen soziale Einrichtungen Unterstützung für Veränderungen und Empowerment bieten. Die Selbstbehauptung auf dem Arbeitsmarkt ist für viele Befragte, unabhängig von Behinderung oder Migrationsgeschichte, nicht einfach. Erwachsene, die in Chemnitz aufgewachsen sind und im Rahmen der Studie ebenfalls befragt wurden, haben mehrere Erfahrungen mit Entlassung und Problemen in der Arbeitswelt gemacht. Nur ein Teil dieser Erfahrungen hat mit persönlichen Fehlentscheidungen zu tun – häufiger führten das Gefühl der Sinnlosigkeit der eigenen Arbeit oder schikanöse/diskriminierende Arbeitsbedingungen zu Demotivation, wiederholtem Scheitern, Selbstzweifeln und teilweise erheblichen psychischen Problemen. Dies ist es, was wir bei UPLIFT als nicht-nachhaltige Arbeitsbedingungen bezeichnen. Die damit verbundene Erschöpfung der eigenen Belastbarkeit erfordert oft eine besonders lange Erholungsphase mit vielen Maßnahmen zur Vorbereitung auf die nächste Bewerbung.



Es fühlte sich beschissen an, der Beste zu sein und 10 € pro Stunde zu bekommen, dann bekam ich 11 € und andere 14-15 € ... Ich habe [besonders anspruchsvolle Arbeiten] mit nach Hause genommen, das war cool, das hat Spaß gemacht, das war eine eigene Welt, in die man dann eingetaucht ist.

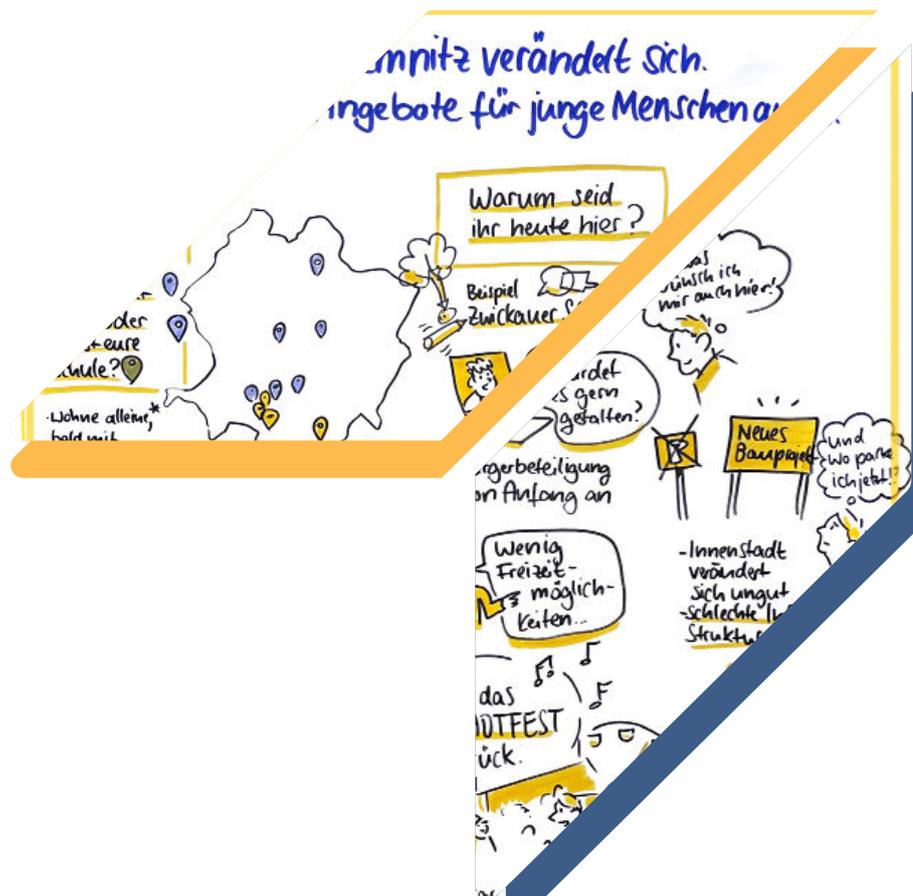


Delphin [ein lokaler sozialer Träger] hilft mir, meinen Platz im Leben zu finden, denn mit einem Hauptschulabschluss ist es ziemlich schwierig. Sie unterstützen mich sehr gut, auch in Krisensituationen bei der Arbeit oder wenn ich Schwierigkeiten mit meiner Familie habe; sie sind sozusagen die Dolmetscher.

Der Zugang zu Wohnraum ist für junge Menschen wichtig, aber die Nachbarschafts-Effekte und die Macht rechter Narrative in Chemnitz stellen eine Herausforderung dar. Die meisten jungen Menschen, mit denen wir gesprochen haben, schätzen ihre Stadt als zukünftigen Wohnort, aber weniger wegen der beruflichen Möglichkeiten als wegen der Bindungen zu ihren Familien und Gleichaltrigen, dem leichten Zugang zum Wohnungsmarkt und den absehbaren Veränderungen in der Stadtentwicklung/im öffentlichen Raum. Negative Narrative über städtische Gebiete (die trotz der Bemühungen der Stadtverwaltung, der zivilgesellschaftlichen Akteure und der antirassistischen Selbstorganisation fortbestehen), der Einfluss rechter Agitation und negative Begegnungen im Alltag lassen jedoch einige der Befragten über einen Wegzug nachdenken - unabhängig von Geschlecht, Herkunft und Behinderung. In diesem Zusammenhang wurde die Neugestaltung des öffentlichen Raums in ihrem Wohnumfeld und in den Jugendclubs zu einem wichtigen Bezugspunkt im Leben der Jugendlichen – was sich auch in den Äußerungen der Befragten widerspiegelt, die jetzt Anfang dreißig sind.



[Chemnitz als Ort für die Zukunft] Überhaupt nicht, werde Sachsen auch gleich nach dem Studium verlassen, weil es zu viele Dinge gibt, auf die ich keine Lust habe, das sind politische Gründe und soziale Probleme, die mich stören.





Empfehlungen

Reflexive Politikgestaltung und reflexive politische Agenden stärken die Genauigkeit und die Auswirkungen der Politik und auch das individuelle Empowerment.

Unsere Untersuchungen zur formalen Wahlfreiheit, zu den Möglichkeiten und Hindernissen in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Wohnen und Wohnumfeld haben deutlich gezeigt, wie wichtig eine frühzeitige Einschätzung ist, ob junge Menschen und ihre Familien die Vielfalt der formalen Wahlmöglichkeiten innerhalb des Bildungs- und Berufsbildungssystems verstehen. Dabei sollte auch untersucht werden, inwieweit dieses System durchlässiger ist bzw. mehr Möglichkeiten für soziale Mobilität bietet, als sie erwarten bzw. wissen. Eine reflexive Politikagenda – auch im Bereich der integrierten Stadtentwicklung – ist daher ein wichtiges Instrument, um eine solche Bewertung in die Finanzierungsstrukturen einzubeziehen und politische Maßnahmen an die Evaluationsergebnisse anzupassen. Außerdem kann sie dazu beitragen, die zunehmende immaterielle Ungleichheit zwischen privilegierten und benachteiligten jungen Menschen zu überbrücken/zu verringern und für geschlechtsspezifische Unterschiede zu sensibilisieren. Dieses Kurzdossier stellt unsere wichtigsten Empfehlungen vor; detailliertere Empfehlungen finden sich im zweiten [Stadtbericht zu Chemnitz](#).

Gefährdete junge Menschen brauchen eine Stimme: für bessere Resultate und demokratisches Lernen

Die Einführung einer reflexiven Politikgestaltung, d.h. die partizipative Erarbeitung lokaler reflexiver politischer Agenden mit jungen Menschen, verringert die Hindernisse, denen sie bei der Ausübung ihrer Entscheidungsfreiheit gegenüberstehen, und verbessert ihre soziale Teilhabe. Sie erhöht die Zugänglichkeit und Passfähigkeit von Förderinstrumenten und ermöglicht die Bewertung und Neufestlegung von Inhalten, Prioritäten und Methoden der Beteiligung. Die Erfahrung, eine Rolle in der reflexiven Politikgestaltung zu spielen, ist Teil des Demokratielernens. Jenseits der institutionellen Ebene der Politikgestaltung sind aufsuchende Jugendarbeit und Beziehungsarbeit mehr denn je Schlüsselaufgaben der Jugendarbeit – beides hilft, die zentralen Herausforderungen der aktuellen Krisen zu bewältigen. Sie stärken – wenn Zeit, Kompetenz und Bereitschaft der öffentlichen Akteure, der NGOs und der einzelnen Projekte/Akteure in der Jugend- und Sozialarbeit vorhanden sind – die Partizipation und Resilienz aller.

Dort, wo junge Menschen von körperlichen oder geistigen Behinderungen betroffen sind oder wo familiäre Gewalt und mangelnde Sicherheit den Alltag prägen, ist eine kooperative Frühförderung zur Unterstützung von Bildung und Ausbildung notwendig.

Unsere Forschung zeigt, dass solche Lebenssituationen den Aufbau bzw. die Stärkung eines nicht-kompetitiven Netzwerks zur Frühförderung erfordern, in dem Schulsozialarbeit, (ggfs.) Schulpsychologen, Jugendsozialarbeit, Sozialarbeit im betreuten Wohnen und in Jugendfreizeiteinrichtungen zusammenarbeiten. Familien und junge Menschen brauchen eine individuellere Zusammenarbeit, ein auf Empowerment ausgerichtetes Case-Management anstelle einer an Fürsorge orientierten Unterstützung.

Eine solche Intervention gewinnt an Wirkung, wenn eine Evaluation der Auswirkungen von Förderpolitiken und der 'maßgeschneiderten' Ansätze erfolgt. Dies würde Strukturen erfordern, die junge Menschen und ihre Familien dazumotivieren, als Expert*innen für ihr eigenes Leben gemeinsam und regelmäßig ihren bisherigen Weg zu bewerten. Diese Form der Evaluation würde dazu beitragen, das Bildungs- und Unterstützungssystem, seine Prozesse, Instrumente und Kommunikationsstrukturen bedarfsgerecht zu entwickeln und fortzuschreiben.

Mitgestaltung der Jugendbeschäftigungspolitik sollte zu einem nachhaltigeren Arbeitsumfeld und besseren Resultaten führen, sowohl auf institutioneller als auch auf individueller Ebene.

Um ein nachhaltiges Arbeitsumfeld zu schaffen und ein entsprechendes Arbeitsengagement junger Menschen, insbesondere gefährdeter junger Menschen, zu erreichen, muss in den Unternehmen früher eingegriffen bzw. vorgebeugt werden. Dazu sollten eine klare Kommunikation über die Bedeutung der eigenen Gesundheit und Antidiskriminierungsmaßnahmen gehören.

Innerhalb des bestehenden institutionellen Rahmens sollten Instrumente/Maßnahmen für einen besseren Zugang zu Berufsbildung und Berufstätigkeit, wie das Berufsvorbereitungsjahr und die berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme verstärkt werden, auf der Grundlage einer geschlechtersensiblen reflexiven politischen Agenda für die Diversifizierung der Berufsfelder, die mit diesen Instrumenten/Maßnahmen erschlossen werden sollen. Ein solcher reflexiver Prozess ist viel effektiver, wenn er Teil einer regelmäßigen Politikevaluation ist.

Die Mitgestaltung eines nachhaltigen, sinnvollen und wertschätzenden Arbeitsumfeldes ist jedoch nicht nur eine institutionelle Aufgabe. Sie erfordert auch eine systematische Öffnung des privaten Arbeitsmarktes für Menschen mit unterschiedlichen Begabungen und mit und ohne Behinderungen, begleitet von unternehmensspezifischen Antidiskriminierungs- und Antisexismusmaßnahmen. Die Einbindung und Aufklärung privater Unternehmen und die Schaffung von Anreizen für bessere Praktiken bleiben jedoch institutionelle Aufgaben.

Reflexive Politikagenden für Chemnitz als Lebensort der Zukunft

Die Entwicklung reflexiver politischer Agenden mit jungen Menschen könnte die Effektivität von Stadtentwicklungspolitiken und -aktivitäten, die sich an junge Menschen richten, verbessern und gleichzeitig zum individuellen Selbstvertrauen der Teilnehmer*innen sowie zum lokalen/soziорäumlichen Selbstvertrauen der Einzelnen und der Gemeinschaft beitragen. Somit könnten drei Politikbereiche rund um das Thema Wohnen in Chemnitz von mit jungen Menschen entwickelten reflexiven politischen Agenden profitieren:

- Ausbau/Sicherung attraktiver und kostenloser Freizeiteinrichtungen sowie von Familien - und Jugendzentren im Quartier, einschließlich städtebaulicher Aufwertungsmaßnahmen, insbesondere der öffentlichen Freiflächen in Großwohnsiedlungen.
- Bearbeitung der hartnäckigen negativen Narrative über die Stadt, insbesondere um dem rechten Einfluss vor Ort und den Vorurteilen von außen auf lokaler Ebene zu widerstehen. Neben Imagekampagnen im Rahmen des INSEK 2035 und der Kulturhauptstadt 2025 sowie Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Lokalen Aktionsplan für Demokratie, Toleranz und ein weltoffenes Chemnitz könnte die Ausweisung von "sicheren Räumen/Schutzräumen" für den Fall rechter/rassistischer Angriffe für alle Chemnitzer Stadtgebiete in Angriff genommen werden. Dazu wären Partnerschaften mit der AG Radikalisierungsprävention, den verschiedenen Chemnitzer Projekten zur Demokratieerziehung/-förderung, dem Projekt Mobile Beratung gegen Rechts und nachbarschaftlichen soziokulturellen und Konsumstrukturen notwendig.
- Entwicklung gemeinschaftlicher (nachbarschaftsbezogener) und individueller (haushaltsbezogener, persönlicher) Ansätze zur Bekämpfung des Klimawandels und der Energiearmut unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Energiearmut auf die psychologische Widerstandsfähigkeit und die Teilhabe des Einzelnen.

Immaterielle Aspekte der Ungleichheit, wie die bei jungen Menschen beobachtete digitale Kluft und die mangelnde Sensibilität für geschlechtsspezifische Fragen, sind Ungleichheitsfaktoren, bezüglich derer vor allem Expert*innen Handlungsbedarf sehen. Sie sollten als Querschnittsthemen in eine reflexive Politikgestaltung und Agenda einbezogen werden.

Wie können junge Menschen in die Politikgestaltung einbezogen werden?

Die partizipative Politikgestaltung geht davon aus, dass die Politik nur dann auf die Bedürfnisse von Einzelpersonen, Haushalten oder Gemeinschaften eingehen kann, wenn sie in transparenter Weise in Zusammenarbeit mit den vorgesehenen Nutzer*innen entwickelt, umgesetzt und evaluiert werden.

Das UPLIFT-Projekt erweitert dies zu einem Prozess der "reflexiven Politikgestaltung" (RPG), der kontinuierlich eingebettet wird. RPG zielt darauf ab, die Herangehensweise von Politik Gestaltenden zu ändern und die Fähigkeiten junger Menschen zu erweitern, damit sie gemeinsam Veränderungen herbeiführen können.

Während des Prozesses werden junge Menschen in die Lage versetzt, mit politischen Entscheidungsträger*innen und (Förder-)Politiken Umsetzenden in eine politische Diskussion einzutreten. Der Prozess wird durch eine Moderation unterstützt, die dazu beiträgt, Vertrauen und ein gemeinsames Verständnis zwischen jungen Menschen und institutionellen Akteuren aufzubauen.

Im Rahmen des UPLIFT-Projekts wurde eine Reihe von Materialien erstellt, die lokalen Gruppen dabei helfen sollen, einen Prozess der reflektierten Politikgestaltung durchzuführen. Weitere Informationen über den Prozess und zu jeder der Schlüsselphasen finden Sie in unserem Leitfaden sowie darüber hinaus in [Schulungsmaterialien](#) und Videos auf unserer [website](#).



Bausteine des partizipativen Politikgestaltungsprozesses



Denkweise und Engagement – Die Mitgestaltung der Politik ist ein tiefgreifender Prozess, der das Engagement aller Beteiligten erfordert und die Bereitschaft, traditionelle Machtdynamiken in Frage zu stellen.



Vorbereitung: Planung mit den Beteiligten – Definition von Zielen, Rollen, Ressourcen und Kapazitäten.



Einrichtung eines Jugendbeirats – In Zusammenarbeit mit einer Reihe von Organisationen und unter Verwendung von empowernden und integrativen Methoden wird ein vielfältiger Jugendbeirat rekrutiert.



Festlegung von Handlungsschwerpunkten und Umsetzungsbereichen – Junge Menschen und institutionelle Akteure legen die politischen Handlungsfelder für den Jugendbeirat fest. Die Entscheidung über den Umfang dieser Handlungsfelder hat Auswirkungen auf die Art und Weise, wie der Mitgestaltungsprozess organisiert wird, und auf die erwartbaren Ergebnisse.



Der Mitgestaltungsprozess – Kapazitätsaufbau, Vertrauensbildung und kreative Aktivitäten bilden die Grundlage für eine erfolgreiche Mitgestaltung von Politiken. Die Einbindung einer Person, die auf Jugendmoderatorin spezialisiert ist, ist der Schlüssel zu einem gleichberechtigten, sicheren und ermächtigenden Prozess für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer.



Auf dem Weg zu einer politischen Agenda – Die Phase, in der man sich mit den institutionellen und systemischen Gegebenheiten auseinandersetzen muss, um festzustellen, was in der Praxis erreicht werden kann.



Umsetzung der Politik – Die Kommunikation und das Engagement der Beteiligten hängen stark vom lokalen Kontext ab und sind von entscheidender Bedeutung, um die Umsetzung der politischen Empfehlungen zu erreichen.



Reflexion und Bewertung – Während des gesamten Prozesses ist es von wesentlicher Bedeutung, reflexiv vorzugehen – kontinuierlich zu lernen und zu evaluieren, um die nächsten Schritte vorzubereiten und festzulegen.



Partizipative Politikgestaltung in Aktion

In Amsterdam hat ein lokales Jugendgremium mit der Stadtverwaltung, der Wohnungsbaugesellschaft De Key, der Bewohnerorganisation !WOON und der Technischen Universität Delft zusammengearbeitet, um die aktuellen Wohnungsprobleme junger Menschen zu beleuchten und gemeinsam politische Ansätze und Instrumente zur Lösung der dringendsten Probleme zu formulieren. Im Laufe von zwei Jahren hat der Jugendbeirat eine Reihe von Ideen zur Bekämpfung des Wohnungsmangels entwickelt, darunter eine virtuelle Plattform für junge Wohnungssuchende, deren Entwicklung derzeit geprüft wird, und ein Manifest für die Stadt Amsterdam erstellt, das dem für den Wohnungsbau in der Stadt zuständigen Stadtrat vorgelegt wurde.

In Tallinn arbeitete der Verband der estnischen offenen Jugendzentren (AYEC) mit der Universität Tartu zusammen, um die Dienstleistungen für NEET-Jugendliche zu verbessern und insbesondere deren Bildungsniveau und -ergebnisse sowie den Zugang zum Arbeitsmarkt zu verbessern. 40 junge Menschen in prekären Lebenssituationen wurden in den Prozess einbezogen, um die aktuellen Probleme junger Menschen in den Bereichen Bildung, Beschäftigung und Wohnen sowie die Lösungen, die die jungen Menschen zur Bewältigung ihrer Probleme für möglich halten, zu beleuchten. Durch die Zusammenarbeit mit jungen Menschen wurde ein neues Dienstleistungsmodell entwickelt: Das „Sektorübergreifende Modell für die Unterstützung und Zusammenarbeit von NEET-Jugendlichen in den Kommunalverwaltungen.“ Junge Menschen und Vertreter*innen verschiedener kommunaler Einrichtungen entwarfen gemeinsam eine Reihe möglicher Unterstützungswege (Dienstleistungen).

Amsterdam

Tallinn

Barakaldo

Sfântu Gheorghe

In Barakaldo wurden im Rahmen eines partizipativen Politikgestaltungsprozesses junge Menschen, die in der Kommune leben, politische Entscheidungsträger*innen des Stadtrats von Barakaldo und Forscher*innen des Orkestra - Basque Institute of Competitiveness zusammengebracht, die neun Monate lang an der Verbesserung der kommunalen Wohnungspolitik für junge Menschen arbeiteten. Als Ergebnis haben die beteiligten Akteure eine reflexive politische Agenda mit vier Vorschlägen entwickelt, die darauf abzielen, diese Politik an die tatsächlichen Bedürfnisse der Jugendlichen anzupassen. Darüber hinaus war der Prozess auf das Empowerment der beteiligten jungen Menschen ausgerichtet und ermöglichte es ihnen, ihre persönlichen Fähigkeiten zu verbessern, z. B. ihr Wissen über das Thema, ihre Einstellungen und Verhaltensweisen in Bezug auf die Bürgerbeteiligung, ihre allgemeinen gesellschaftspolitischen Fähigkeiten und ihr Interesse an der Stadtentwicklungsplanung.

In Sfântu Gheorghe arbeiteten zwei Gruppen von Interessenvertreter*innen - ein Jugendbeirat (eine Gruppe gefährdeter Jugendlicher) und Vertreter*innen von Institutionen – daran, die Ursachen zu ermitteln, die den Zugang zu Bildung für gefährdete Jugendliche behindern, und herauszufinden, wie man diese beseitigen kann. Sie arbeiteten zunächst parallel, dann in gemeinsamen Gruppen im Rahmen eines Co-Creation-Prozesses. Während der gemeinsamen Sitzungen ermittelten sie Vorschläge für die öffentliche Politik und erstellten einen Aktionsplan, der auf lokaler Ebene umgesetzt werden kann und Lösungen für einige der ermittelten Probleme bietet. Neben diesen Vorschlägen, die in die reflexive Politikagenda eingebettet wurden, bestand der größte Gewinn der Aktivität in Sfântu Gheorghe darin, dass gefährdete junge Menschen in die Lage versetzt wurden, sich Gehör zu verschaffen, und dass die Vertreter*innen der Institutionen ein größeres Verständnis für die Vorteile der Zusammenarbeit und der gemeinsamen Gestaltung entwickelten.

Handlungsempfehlung

Partizipative Politikgestaltung mit jungen Menschen in Chemnitz

Impressum

Urheberrechtshinweis:

© ICLEI Europe, May 2023

Dieses Werk ist unter einer Creative Commons Namensnennung lizenziert (CC BY-ND 4.0).

Autorin: Dr. Christiane Droste

Kontakt

Webseite: www.uplift-youth.eu

Twitter: [@uplift_youth](https://twitter.com/uplift_youth)

Facebook: [Uplift Youth EU](https://www.facebook.com/UpliftYouthEU)

Instagram: [Uplift EU](https://www.instagram.com/uplift_eu)

Partners



This project has received funding from the European Union's Horizon 2020 research and innovation programme under grant agreement 870898. The sole responsibility for the content of this publication lies with the authors. It does not necessarily represent the opinion of the European Union.